



Landratsamt München · Frankenthaler Str. 5-9 · 81539 München

**Bauen**

Sachgebiet 4.1.1.3  
Bauleitplanung  
im Hause

Ihr Zeichen: 4.1-0006/2017/BL  
Straßlach-Dingharting  
Ihr Schreiben vom: 23.10.2017  
Unser Zeichen: 4.1.2.4 Grünordnung  
München, 16.11.2017

Auskunft erteilt:  
Frau Dingel

E-Mail:  
DingelL@lra-m.bayern.de

Tel.: 089 6221 2432  
Fax: 089 6221 442432

Zimmer-Nr.:  
F 1.59

**Vollzug der Baugesetze;  
Beteiligung der Träger öffentlicher Belange im Bauleitplanverfahren**

**Interne Beteiligung Fachstelle der Grünordnung**

## 1. Verfahren der Gemeinde Straßlach-Dingharting

Bebauungsplan Nr.

für das Gebiet Gewerbegebiet Oberfeld West, südlich der Gewerbestraße, 7. Änderung  
in der Fassung vom 20.09.2017

Trägerbeteiligung gemäß § 4 Abs.2 BauGB im normalen Verfahren

Schlusstermin für Stellungnahme: 17.11.2017

## 2. Stellungnahme

Zu B 5.1.4:

Die Mindestgröße der Baumscheiben soll 16 m<sup>2</sup> nicht unterschreiten, ihre Mindestdiefe in nicht unterbauten Bereichen soll 1,50 m betragen. Die Baumscheiben sind unversiegelt, z. B. als Vegetationsflächen, Schotterrasenflächen oder mit Baumschutzrosten auszuführen.

Öffnungszeiten  
Mo, Di, Do, Fr 08:00 – 12:00 Uhr  
und Do. 14:00 – 17:30 Uhr  
Bitte Termine vereinbaren

Telefon 089 6221-0  
Telefax 089 6221-2278  
Internet [www.landkreis-muenchen.de](http://www.landkreis-muenchen.de)  
E-Mail [poststelle@lra-m.bayern.de](mailto:poststelle@lra-m.bayern.de)

Bankverbindungen  
KSK München Starnberg Ebersberg  
IBAN DE29 7025 0150 0000 0001 09  
SWIFT-BIC BYLADEM1KMS

Postbank München  
IBAN DE06 7001 0080 0048 1858 04  
SWIFT-BIC PBKDEFF

Gemäß DIN 18916 ist ein durchwurzelbarer Raum von mind. 16 m<sup>2</sup> Grundfläche und mind. 80 cm Tiefe, also von knapp 13 m<sup>3</sup> sicherzustellen. Nach Angaben der FLL muss eine Baumgrube sogar eine Mindestdiefe von 1,5 m haben.

Eine Baumscheibe kann eine deutlich geringere Fläche aufweisen, wenn eine Erweiterung des Wurzelraumes unter Verkehrsflächen nach ZTV-Vegtra Mü erfolgt.

Begründung: Den Bäumen muss ausreichend Wurzelraum zur Verfügung gestellt werden, um deren Wachstum nicht von vornherein zu behindern.

Zu B 9.2.2

6 m<sup>3</sup> sind für eine Baumscheibe zu klein. Anforderungen und Begründung siehe Bemerkung zu B 5.1.4. Aus fachlicher Sicht raten wir dringend, die Mindestfläche und Mindestdiefe anzupassen und die Möglichkeit, den Wurzelraum unter Verkehrsflächen zu erweitern, anzubieten.

Hinweise C 2.18

Hier sollte die RAS-LP4 „Richtlinie für die Anlage von Straßen, Teil: Landschaftspflege, Abschnitt 4: Schutz von Bäumen, Vegetationsbeständen und Tieren“ zusätzlich aufgeführt werden, da sie wichtige Hinweise zum Baumschutz enthält.

Dingel

Dingel



Landratsamt München · Fränkenthaler Str. 5-9 · 81539 München

**Naturschutz, Erholungsgebiete,  
Landwirtschaft und Forsten**

Referat 4.1  
im Hause

Ihr Zeichen: 4.1-0006/2017/BL  
Straßlach-Dingharting  
Ihr Schreiben vom: 23.10.2017  
Unser Zeichen: 4.4.3-BL/Wei  
München, 16.11.2017

Auskunft erteilt:  
Frau Weiß

E-Mail:  
WeissRo@lra-m.bayern.de

Tel.: 089 / 6221-2320  
Fax: 089 / 6221 44-5025

Zimmer-Nr.:  
F 2,15

## 1. Gemeinde Straßlach-Dingharting

☐ Flächennutzungsplan ☐ mit Landschaftsplan

☒ Bebauungsplan Nr.  
für das Gebiet Gewerbegebiet Oberfeld West, 7. Änderung

☐ mit Grünordnungsplan

☐ Sonstige Satzung

Frist für die Stellungnahme:  
17.11.2017

## 2. Träger öffentlicher Belange

2.1 ☐ Keine Äußerung

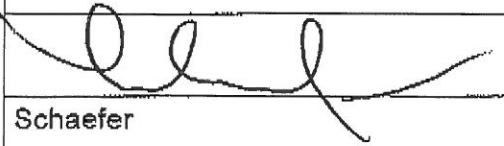
2.2 ☐ Ziele der Raumordnung und Landesplanung, die eine Anpassungspflicht nach § 1 Abs. 4 BauGB auslösen

Öffnungszeiten  
Mo. – Fr. 08:00 – 12:00 Uhr  
und Do. 14:00 – 17:30 Uhr  
Bitte Termine vereinbaren

Telefon 089 6221-0  
Telefax 089 6221-2278  
Internet [www.landkreis-muenchen.de](http://www.landkreis-muenchen.de)  
E-Mail [poststelle@lra-m.bayern.de](mailto:poststelle@lra-m.bayern.de)

Bankverbindungen  
KSK München Starnberg Ebersberg  
IBAN DE29 7025 0150 0000 0001 09  
SWIFT-BIC BYLADEM1KMS

Postbank München  
IBAN DE06 7001 0080 0048 1858 04  
SWIFT-BIC PBKDEFF

2.3	<input type="checkbox"/> Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o.g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstandes
2.4	Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall in der Abwägung nicht überwunden werden können (z.B. Landschafts- und Wasserschutzgebietsverordnungen) <input type="checkbox"/> Einwendungen  <input type="checkbox"/> Rechtsgrundlagen  <input type="checkbox"/> Möglichkeiten der Überwindung (z.B. Ausnahmen oder Befreiungen)
2.5	<input checked="" type="checkbox"/> Sonstige fachliche Informationen und Empfehlungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage  Die Eingrünung des Gewerbegebietes kann nicht vollständig als Ausgleichsfläche angerechnet werden, da sie sich teilweise im betriebsbedingten Wirkraum der Tölzer Straße (St 2072) befindet. Gemäß den Vollzugshinweisen Straßenbau* ist bei Straßen mit einem Verkehrsaufkommen von < 2000 Kfz/Tag ein Wirkraum von 20 Meter und bei ≥ 5.000 Kfz/Tag ein Wirkraum von 50 Meter anzusetzen. Durch die betriebsbedingten Wirkungen (z. B. durch Immissionen) wird die ökologische Funktion von Ausgleichsflächen eingeschränkt, mit Ausnahme der Funktion der Einbindung in das Landschaftsbild. Daher können Ausgleichsflächen in diesem Bereich nur zu 50 % angerechnet werden. Die Ausgleichsflächenbilanz sollte dahingehend korrigiert und die externe Ausgleichsfläche entsprechend vergrößert werden.  Pflanzungen sollten innerhalb der folgenden Pflanzperiode (15. Oktober bis 30. April) nach Inkrafttreten des Bebauungsplans umgesetzt werden, um Funktionsverluste, die mit den Eingriffen in Natur und Landschaft einhergehen, zeitnah zu minimieren.  Spätestens zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses muss die dauerhafte Funktion der Ausgleichsflächen (inkl. Ortsrandeingrünung) gesichert sein. Dies geschieht durch Eintragung einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit für Unterlassungspflichten des Grundstückseigentümers in das Grundbuch. Entbehrlich ist eine dingliche Sicherung nur bei Grundstücken im Eigentum der Gemeinde wegen deren Verpflichtung nach Art. 1 BayNatSchG, ihre Grundstücke im Sinn der Ziele und Grundsätze des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu bewirtschaften.  Hinweis: Die Ausgleichsflächen sind von der Gemeindeverwaltung unverzüglich nach dem Inkrafttreten des Bebauungsplans an das Ökoflächenkataster (ÖFK) des Landesamts für Umwelt weiterzuleiten. Der elektronische Meldebogen kann unter <a href="https://www.oefk.bayern.de/oeko/">https://www.oefk.bayern.de/oeko/</a> abgerufen werden.  * Vollzugshinweise zur Bayerischen Kompensationsverordnung (BayKompV) vom 7. August 2013 für den staatlichen Straßenbau
 Schaefer	